

## «Ein Sonnenstrahl freundeidgenössischer Gesinnung»



*Der Lift zum Löwenplatz war schon im Projekt «Wahrzeichen» vorgesehen.*



*Als Mischung zwischen Kloster und Residenz werteten Architekturstudierende das Verwaltungsgebäude der SUVA auf der Fluhmatt.*

Der Hauptsitz der SUVA ist neben der Hofkirche das markanteste Gebäude im Hochwacht-Quartier. Dass die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt nach Luzern kam, war nicht selbstverständlich. Für die Stadt Luzern wurde nicht nur die Institution SUVA sondern auch der markante Bau zu einem Marken- und Wahrzeichen.

Beschäftigt man sich mit der historischen Beziehung zwischen Luzern und der SUVA, gerät man unweigerlich in die Gründungsjahre der modernen Schweiz, in die politisch «wilde» Zeit des 19. Jahrhunderts. Die Geschichte dieser Beziehung handelt von Krieg und Frieden, von Gewinnern und Verlierern, von Zentralismus und Föderalismus. In der Stadt Luzern selbst handelt die SUVA-Geschichte von erfolgreichem Standortlobbying, von Quartier- und Stadtteilrivalitäten, vom «Mut zum grossen Wurf» und von einem Architekturverständnis, wie es vor knapp hundert Jahren noch mehrheitsfähig war.

### Luzern – die vergessene Hauptstadt

Luzern wäre eigentlich die «natürliche» Hauptstadt der Schweiz. So sah es jedenfalls die «Bundesurkunde» von 1832. In ihr war erstmals von einer «Hauptstadt der Schweiz» die Rede. Luzern wäre nach dieser Urkunde (eine Art Vorläufer der Bundesverfassung) Sitz von Tagsatzung, Bundesrat und Bundesgericht geworden. Es war eine revolutionäre Idee. Eine Hauptstadt hatte es in der «alten» Schweiz nie gegeben. Es gab nur «Vororte». Luzern, Bern und Zürich

gehörten dazu. Und Luzern hatte als erste Stadt in der Eidgenossenschaft (1332) und wegen seiner zentralen Lage eine Art «Vorrecht», Hauptstadt einer «neuen» Schweiz zu werden. Doch schon die Hauptstadt-Idee der «Bundesurkunde» wurde im Streit zwischen «Zentralisten» und «Föderalisten» zerrieben. Bevor es überhaupt zu einer Entscheidung kommen konnte, kam eine ganz andere, fatale Entwicklung in Gang. Die liberalen (freisinnigen) Reformer im Kanton hatten das Volk nicht auf ihrer Seite. Das lehnte die Bundesurkunde schon 1833 ab. Es kam nach Jahren liberaler Herrschaft zum grossen politischen Umschwung – die Luzerner wählten eine katholische und konservative Regierung und ein direkt-demokratisch-föderalistisches Programm für die Schweiz. Die Lage spitzte sich in der Schweiz in den 1840er Jahren dramatisch zu, Föderalisten gegen Zentralisten, Katholisch-Konservative gegen Freisinnig-Radikale – das führte zu gewalttätigen Scharmützeln («Freischarenzüge») und schliesslich in den Sonderbund und den Bürgerkrieg («Sonderbundskrieg») von 1847. Luzern und der Sonderbund verloren den Krieg, 1848 gründeten die freisinnig-radikalen Siegerkantone die Schweiz neu als föderalistischen Bundesstaat. Die neue Verfassung wurde schweizweit angenommen, im Kanton Luzern kam eine kuriose «Mehrheit» nur zustande, weil man die Nichtstimmenden dem Ja-Lager zurechnete. Damit waren die Karten für Luzern schlecht gemischt, als es am 28. November 1848 um die Wahl der «Bundesstadt» der neuen Schweiz ging. Die

Sieger hatten keine Lust, ausgerechnet die Sonderbündler zum wichtigsten Ort der Schweiz zu machen. Bern (58 National-, 21 Ständeräte) gewann schon im ersten Wahlgang vor Zürich (35; 13), und abgeschlagen Luzern (6; 3).

Was das mit der SUVA in Luzern zu tun hat? Auch nach dem Bürgerkrieg besannen sich die 1848er Politiker auf das alt-schweizerische Prinzip des Ausgleichs – Zürich wurde als Ersatz für die entgangene Bundesstadt-Würde die eidgenössische Hochschule (ETH) zugesprochen, Luzern «eine andere Bundesanstalt». Das dauerte dann allerdings noch eine Weile. Das Bundesgericht ging nach Lausanne – die Berücksichtigung der Sprachminderheit war wichtiger als die Besänftigung der störrischen Föderalisten in der Innerschweiz. Es dauerte dann eine ganz Weile, bis Luzern «zum Zug» kam.

### Stadtpräsident als Lobbyist

Den Hintergrund zur Gründung der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt bildet die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Sie führte zum Fabrikgesetz von 1877. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer obligatorischen beruflichen Unfallversicherung. Zum Prinzip sagte das Volk 1890 Ja, zur Ausführung, in der Luzern als Sitz der neuen «Anstalt» nach Bundesrecht vorgesehen war, sagte es Nein. Dann dauerte es nochmals 10 Jahre, bis eine neue Vorlage abstimmungsreif war. Doch bevor das Volk das Sagen hatte, war noch eine «Ochsentour» für die Luzerner angesagt. Denn im